

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 1 • 74. JG, MÄRZ 2023

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz

Bereit für die Wende!

SPÖ-Plan für eine nachhaltige, faire Zukunft

Seite 8/9



Klimaproteste:

Wir sind jung und brauchen die Welt!

Seite 7

Vor Ort:

Klimawende
in der Kommunalpolitik

Seite 10/11




Grüne Industrie:

Mit uns, nicht
auf unsere Kosten!

Seite 12

Wir schaffen mehr Wert.

**Nachhaltig
mit hypo_blue.**
**Unsere Welt
ein Stück besser
machen.**

   www.hypo.at/hypoblue

HYPO
OBERÖSTERREICH

WIR MACHEN IHR EVENT MÖGLICH



Sie sind auf der Suche nach einem Wohlfühlraum, in dem Ihr Seminar, Ihre Besprechung, Sitzung oder Präsentation stattfinden kann?

Wir im Central Linz bieten Ihnen ideale Bedingungen für Ihr Event.



Das **Central Linz** ist die perfekte Location für Ihr Event. Von der Geburtstagsfeier der besonderen Art bis hin zum Firmenevent. Nutzen Sie unsere 300 m² mit Platz für bis zu 300 Personen als Spielwiese für Ihre Ideen.



 Folgen Sie uns auf Facebook &
 Instagram // @centrallinz

Alle Infos zu den Veranstaltungen &
zur Vermietung unter
www.centrallinz.at

Landstraße 36 | 4020 Linz | office@centrallinz.at | +43 5 7726 1199

Februarkämpfe: Gedenken heißt, heute richtig zu handeln



BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR

Im März ist es hundert Jahre her, dass mit der Ausschaltung des Parlaments durch die Regierung unter Bundeskanzler Dollfuß der erste entscheidende Schritt zur Etablierung des austrofaschistischen Regimes gesetzt wurde. Mit dem 12. Februar 1934 wurde dieser Prozess abgeschlossen und am 1. Mai 1934 die austrofaschistische Verfassung von den Christlichsozialen beschlossen, die mit folgendem Satz beginnt: „Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlichen, deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung.“

Die Machtübernahme der Austrofaschisten hatte mehrere Ursachen und Motive, zwei sollen hier genannt werden. Erstens gab es mit den Christlichsozialen eine große Partei, die über Jahre hinweg sich zuerst von der Demokratie dis-

tanziert und dann abgewandt hatte. Schlussendlich setzte sie ihr Modell der faschistischen Diktatur konsequent um. Zweitens wandten sich auch immer mehr Wähler:innen von der Demokratie ab. Krise, fehlende Perspektiven und Arbeitslosigkeit – insbesondere nach der großen Krise 1929 – ließen für viele Bürger:innen nicht den Kapitalismus schuldig erscheinen, sondern die parlamentarische Demokratie.

Geschichte wiederholt sich nicht, aber ähnliche Verhältnisse können vergleichbare Konsequenzen nach sich ziehen. Die Skepsis gegenüber der Demokratie wächst, ebenso das Abwenden von Parteien und Parlamenten. Und auch heute gibt es politische Kräfte, die mit antidemokratischen Forderungen versuchen Mehrheiten zu finden. Demokrat:innen müssen daher wachsam sein und die richtigen politischen Antworten formulieren.

Inhalt

- 4 Klimawende:** Wie wir sie schaffen und warum Städte Pionierarbeit leisten, erklärt Oliver Schrot.

- 6 ÖVP:** Dass die öö. Klimastrategie eine vertane Chance ist, kritisiert Thomas Antlinger.

- 7 Klimaproteste:** Vinzenz Horcicka berichtet über die Wichtigkeit von Aktionismus und Forderungen junger Menschen gegen die Klimakrise.

- 8 Interview:** Wie die SPÖ OÖ die Klimawende organisiert, erzählt Landesparteivorsitzender Michael Lindner im Gespräch mit dem Bildungskurier.

- 10 Kommunalpolitik:** Warum Gemeinden der Schlüssel in der Klimawende sind und was sie deshalb brauchen, erzählt Lukas Russ.

- 12 Grüne Industrie:** Ein sozial-ökologischer Umbau im Sinne der Beschäftigten ist das Anliegen von Julia Eder.

- 13 Verkehrspolitik:** Es braucht mehr Visionen in der Verkehrspolitik, betont Tobias Höglinger.



4



8



10



12



Produziert nach der Richtlinie des österreichischen Umweltzeichens, „Druckerzeugnisse“
Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

Redaktion: Bernd Dobesberger, Katharina Gruber, Georg Hubmann, Manuel Kreuzer, Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser, Laura Wiednig

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch

Hersteller: Gutenberg-Werbering Ges.m.b.H.

Nr. 01/23, März, SPÖ OÖ-Info-Nr. 1/2023, GZ 02Z032837 M,
P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Wie schaffen wir die Klimawende?

Lücken, Potentiale und warum Städte derzeit Pionierarbeit leisten.

OLIVER SCHROT

Das österreichische Regierungsprogramm sieht die Klimaneutralität im Jahr 2040 vor. Dahinter steckt der Gedanke, dass Österreich als Staat seinen Teil dazu beiträgt, die globale Erderwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf deutlich unter +2°C zu begrenzen - mit Anstrengungen für eine Beschränkung auf +1,5°C. Auf Letzteres haben sich 197 Staaten im Pariser Klimaschutzabkommen geeinigt. Die Menge an Treibhausgasen (THG), die Österreich noch in die Atmosphäre einbringen „darf“, um sicher zu stellen das +1,5°C-Ziel einzuhalten, wird CO₂-Budget genannt oder THG-Budget, wenn neben CO₂ andere Treibhausgase, wie z.B. Methan oder Stickoxide, mitberücksichtigt werden.

Laut dem Klimaforschungsnetzwerk Climate Change Centre Austria (CCCA)

verfügt Österreich ab 2022 über ein verbleibendes THG-Budget von 280 Megatonnen CO₂-Äquivalent. CO₂-Äquivalent ist eine Maßeinheit, die den Effekt aller Treibhausgase auf das Klima vergleichbar machen will, da die verschiedenen Treibhausgase unterschiedlich stark zum Treibhauseffekt beitragen.¹ Also werden CO₂-Äquivalente auch als „Globales Erwärmungspotenzial“ bezeichnet. Da Österreich im EU-Klimaschutz-Vergleich hinterherhinkt und nicht wie von Bundeskanzler Nehammer (ÖVP) medial behauptet ein Klimamusterland ist, wäre dieses THG-Budget bei aktuell gleichbleibenden Emissionen schon Mitte des Jahres 2025 aufgebraucht. Denn seit 1990 konnten die Gesamtemissionen aus allen Sektoren um minimale -1,9 Prozent reduziert werden und es wird immer noch eine sehr hohe Emissionsmenge von 77,5 Mio. Tonnen

DER AUTOR:

Oliver Schrot

ist Klimakoordinator der Stadt Linz und nebenberuflich Unternehmens- und Politikberater zu Klimaneutralität (www.zwanzigvierzig.at).



CO₂-Äquivalente (Stand 2021) ausgestoßen. Ohne tiefgreifende und rasche politische Kurskorrektur ist die Klimawende de facto also nicht schaffbar.

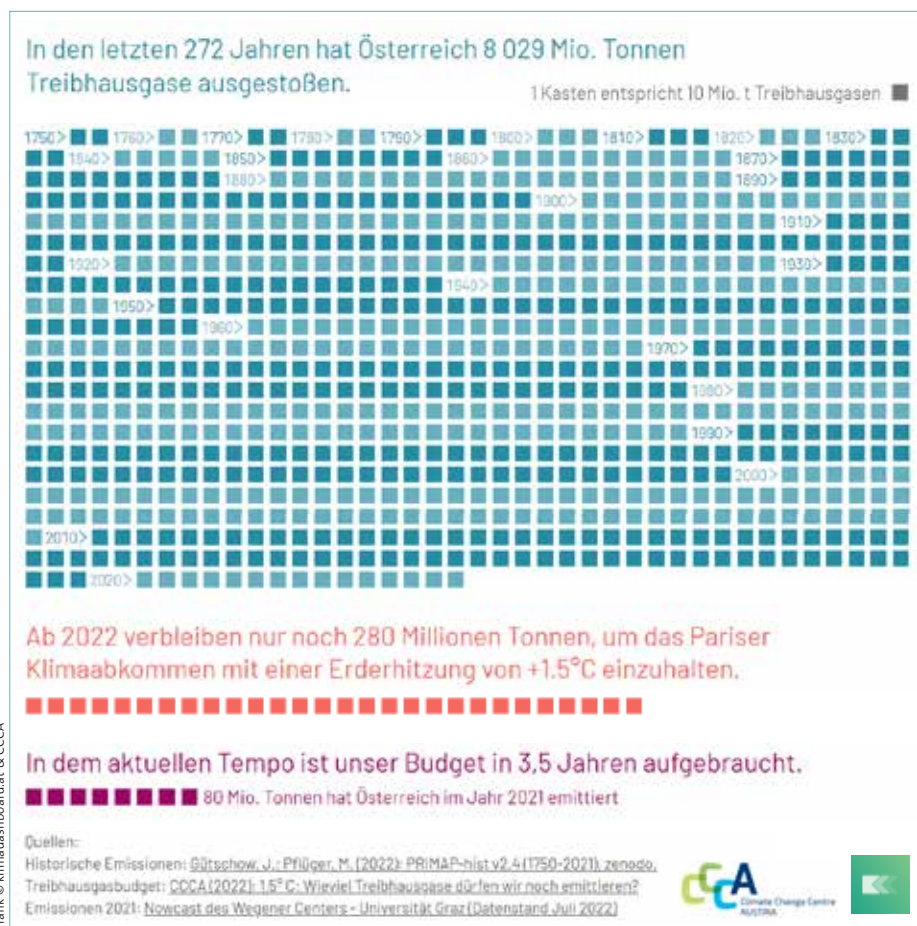
„Ohne tiefgreifende und rasche politische Kurskorrektur ist die Klimawende de facto also nicht schaffbar.“

Um klimaneutral zu werden, braucht es die kontinuierliche Reduktion des Treibhausgasausstoßes und die Verbesserung natürlicher Ökosysteme. Wälder und Moore beispielsweise speichern CO₂. Die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen müssen in Etappen erfolgen. Laut CCCA bräuchte es eine Emissionsreduktion bis 2030 um 59 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 und danach einen Emissionsrückgang jährlich um etwa 3 Megatonnen CO₂-Äquivalent gegenüber dem Vorjahr. Wie aber kommen wir als Gesellschaft ins Tun und was ist bei der Klimaneutralität wichtig?

Prinzipien für eine klimasoziale Wende

Es gibt gewisse Leitprinzipien bei der Klimawende, die ideologischen oder tagespolitischen Positionen nicht geop-

¹ www.nachhaltiger-warenkorb.de/was-sind-co2-aequivalente





fert werden dürfen. Erstens sind besonders jene Emissionen, die im direkten Wirkungsbereich eines Bundeslandes, Unternehmens oder einer Gemeinde liegen und damit durch diese steuerbar sind, frühzeitig und umfassend zu reduzieren. Diese kontrollierbaren Emissionen sind ganzheitlich zu bilanzieren. Je früher wirkungsvolle Maßnahmen gesetzt werden, umso geringer das Risiko zu einem späteren Zeitpunkt, durch verschärfte Gesetze (z.B. CO₂-Steuer) oder globale Lieferengpässe (z.B. bei PV-Modulen) finanzielle Mehrbelastungen oder andere Nachteile zu erfahren.

Zweitens sollten Klimamaßnahmen in Übereinstimmung mit breiten sozial-ökologischen Zielen realisiert werden. Denn soziale Auswirkungen von Klimaschutz können etwa die Verdrängung von bestimmten Bevölkerungsgruppen oder eine zusätzliche Kostenbelastung sein, die unbedingt abgefedert werden müssen. Auch ist das Verursacher:innenprinzip anzuwenden, da in Österreich die reichsten/einkommensstärksten 10 Prozent der Haushalte mehr als viermal so viel CO₂ ausstoßen wie die ärmsten/einkommensschwächsten 10 Prozent. Soziale Legitimation für Klimaschutz kann darüber hinaus mit Bürger:innenbeteiligung erreicht werden.

Drittens sollten neue ökonomische Chancen in Schlüsselbranchen gezielt

verfolgt werden, wie in den Bereichen erneuerbare Energien, Energiespeicher oder bei der Erbringung von Klimaschutzdienstleistungen. Eine klimafreundliche Wirtschaftspolitik kann Beschäftigungszuwachs und Exporte sicherstellen. Klima und wirtschaftlicher Erfolg sind kein Widerspruch, wie das Beispiel der EU-27 zeigt: Zwischen 1990-2020 sanken die EU-weiten THG-Emissionen um über 30 Prozent und das bei gleichzeitig steigender Wirtschaftskraft.

Handlungsfelder und Potentiale

Bei der Klimawende muss in allen Bereichen, sei es im Verkehr, in der Industrie, bei Gebäuden, aber auch in den privaten Haushalten (Konsum) und in der Strom- und Fernwärmeversorgung konsequent dekarbonisiert werden – also auf kohlenstofffreie und erneuerbare Energiequellen umgestellt werden. Besonders in energie- und emissionsintensiven Industrien (Stahl, Zement und Mineralöl) wird die Klimawende mit radikalen Innovationen über grünen Wasserstoff und kreislaufwirtschaftliche Verfahren erreicht. Neben einer effizienteren Bereitstellung von Wärme und Elektrizität wird es aber auch auf mutige Regulierungen ankommen, wie strengere Raumordnungsgesetze auf Landesebene, um die Bodenversiegelung zu bremsen. In den letzten 25 Jahren wurden 150.000 Hektar Äcker und Wie-

Um klimaneutral zu werden, braucht es die kontinuierliche Reduktion des Treibhausgasausstoßes und die Verbesserung natürlicher Ökosysteme.

sen verbaut, zirka vergleichbar mit der Agrarfläche des Burgenlandes. Zudem wurden so Kohlenstoffspeicherungspotentiale nicht genutzt.

Städte als Pioniere der Klimaneutralität

Städte sind ein Hebel auf dem Weg zum klimaneutralen Österreich, da diese im Vergleich zum Umland durch kurze Wege und Leuchtturmprojekte große Potentiale für ein klimafreundliches Leben besitzen. Die Stadt Linz z.B. unterstützt mit der „H₂Initiative“ den Einsatz von grünem Wasserstoff in industriellen Prozessen und plant mit der neuen Linzer Energiegemeinschaft 100 neue PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden mit 18.000.000 kWh pro Jahr an Stromerzeugung. Diese und andere Maßnahmen fließen derzeit in ein strategisches Konzept für die klimaneutrale Industriestadt 2040 ein, das von 80 stadtinternen Expert:innen aus Magistrat und Unternehmensgruppe erstellt und wissenschaftlich sowie durch Bürger:innenbeteiligung begleitet wird. Ähnliches passiert derzeit in Graz, St. Pölten oder Klagenfurt. Trotzdem, wir müssen uns alle steigern!

Oberösterreichische Klimastrategie ist vertane Chance

SPÖ Landtagsklub kritisiert das Ausbleiben konkreter Ziele des oberösterreichischen Klimapapiers, welches im schwarz-blauen Hinterzimmer gebastelt wurde.

THOMAS ANTLINGER

Der Klimawandel stellt vor allem Oberösterreich als Industriebundesland vor enorme Herausforderungen. Oberösterreich hält rund 25 Prozent am Gesamtindustrieanteil Österreichs und über 40 Prozent der Gesamtwertschöpfung kommen in Oberösterreich aus dem Sektor Industrie mit seinen tausenden Arbeitsplätzen. Aufgrund dessen hat Oberösterreich mit 21,6 Mio. Tonnen auch den höchsten CO₂-Ausstoß im Bundesländervergleich.

Bereits im Frühjahr 2022 hat daher Landeshauptmann Thomas Stelzer eine Gesamtklimastrategie für Oberösterreich angekündigt, die schlussendlich im Jänner dieses Jahres präsentiert wurde. Nicht nur von uns als SPÖ Landtagsklub wurde gespannt auf die Klimastrategie gewartet. Auch Industrie, Sozialpartner:innen und große Teile der Zivilgesellschaft hatten die Hoffnung auf einen „großen Wurf“ – eine Klimastrategie die die Herausforderungen für Oberösterreich angeht. Präsentiert wurde mit der oö. Klimastrategie aber leider genau das, was ich als Klimaschutzsprecher bereits im Dezember 2022 in der Budgetdebatte im Landtag befürchtet habe. Ein Papier, das in den politischen Hinterzimmern der ÖVP und FPÖ entstanden ist. Liest man die 160 Sei-

ten der oö. Klimastrategie werden einem schnell die Schwächen bewusst. Anstatt konkrete Ziele zu formulieren, liest sich

„Anstatt konkrete Ziele zu formulieren, liest sich das Dokument eher als eine Auflistung von mehr oder weniger guten Ideen, was man denn, wenn man nur wollte, alles machen könnte.“

das Dokument mehr als eine Auflistung von mehr oder weniger guten Ideen, was man denn, wenn man nur wollte, alles machen könnte. Vergeblich sucht man in der Strategie nach konkreten Zielvorgaben, was denn nun wirklich erreicht werden soll und vor allem wie wir die Ziele erreichen können.

Klar ist für mich aber auch, dass es beim Klimaschutz aktives Handeln statt Verwalten braucht. Bei einem so wichtigen Thema wie dem Kampf gegen den Klimawandel, braucht es eine breite Gesprächsbasis. Gemeinsam mit der Industrie, den Sozialpartner:innen, NGOs, Ver-

DER AUTOR:

Thomas Antlinger ist Klima-, Umwelt- und Energiesprecher im SPÖ Landtagsklub und Bezirkspartei-vorsitzender der SPÖ Grieskirchen und Eferding.



bänden und dem oö. Klimarat hätten ÖVP und FPÖ viele Expert:innen einladen können um gemeinsam eine Klimastrategie für OÖ zu erarbeiten. Eine Klimastrategie bei der unsere Oberösterreicher:innen profitieren - durch gesicherte Arbeitsplätze, durch eine nachhaltige Standortpolitik, durch den Mut der Politik Veränderungen im Sinne der Menschen anzugehen. Das kann nicht von einem Hinterzimmer aus hergestellt werden, dafür ist ein breiter Dialog mit allen Anspruchsgruppen und betroffenen gesellschaftlichen Akteur:innen erforderlich.

Als SPÖ Oberösterreich haben wir daher einen klaren Fahrplan ausgearbeitet, wie uns die Klima- und Energiewende gelingen kann. Landesrat Michael Lindner geht im Interview ab Seite 8 genauer darauf ein.

Für mich ist klar: Klimaschutz stellt Oberösterreich nicht nur vor große Herausforderungen, er bietet auch viele Chancen. Um diese nutzen zu können, braucht es aber einen klaren Fahrplan, der klar aufzeigt, wie wir die Klimaziele 2030 und 2040 erreichen können.

Klimaschutz stellt Oberösterreich nicht nur vor große Herausforderungen, er bietet auch viele Chancen.



Wir sind jung und brauchen die Welt!

Warum vor allem junge Menschen weltweit für das Klima protestieren und die Zeit um nur zu reden schon längst vorbei ist.

VINZENZ HORCICKA

Die Klimakrise schreitet unaufhaltsam voran. Die Medien berichten immer mehr über die verheerenden Folgen und erwarteten Szenarien, die uns in den kommenden Dekaden bevorstehen. Gleichzeitig werden Menschen, die auf dieses massive Problem aufmerksam machen als „unnötig störend“ bezeichnet und ihr Aktivismus als übertrieben dargestellt. Jedoch ist dieser Aktivismus mit Straßenblockaden oder großen Protesten, wie es in Lützerath passiert ist, unglaublich notwendig. Denn die Politik schaut vehement weg bei der Klimakrise und zieht sich aus der Verantwortung. Stattdessen wird die Verantwortung auf die Bevölkerung abgeschoben und es wird versucht den Menschen einzureden, dass sie allein mit einer veganen Ernährung doch ohnehin die Welt retten könnten - ohne Veränderung in Ökonomie und Politik.

„Es ist höchste Zeit JETZT die Dinge zu verändern und sich JETZT von der Aufrechterhaltung des kapitalistischen und wachstumsorientierten Systems zu verabschieden.“

Doch so wird Klimaziel für Klimaziel verpasst und durch den Stillstand der politischen Maßnahmen spitzt sich die Klimakrise immer weiter zu. Es ist höchste Zeit JETZT die Dinge zu verändern und sich JETZT von der Aufrechterhaltung des kapitalistischen und wachstumsorientierten Systems zu verabschieden. Einen anderen Ausweg aus der Klimakrise gibt es nicht. Wir müssen beginnen die Emissionen drastisch zu senken und parallel dazu das Sozialsystem ausbauen. Nur so kann umgegangen werden,

dass der Klimaschutz nur für die Reichen leistbar ist und immer mehr Menschen der Armut ausgesetzt werden.

Es ist nicht nur die Verantwortung der jungen Generationen; es ist die Verantwortung der Generation, die jetzt die Positionen innehat, Dinge zu verändern. Die Zeit, in der es noch okay war, nur über Klimaschutz zu reden ist vorbei! Es muss gehandelt werden! Egal ob es um

„Die Zeit, in der es noch okay war nur über Klimaschutz zu reden, ist vorbei! Es muss gehandelt werden!“

neue Temporegelungen, die Einschränkung der Fleischindustrie, eine effektive ökosoziale Steuerreform oder um den großflächigen Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln geht - diese Dinge müssen so schnell wie möglich passieren. Dies sind nur einige der vielen Beispiele, wo es eine radikale Veränderung und ein Umdenken braucht.

Ein unumgänglich wichtiges Ziel ist es auch konkret die Emissionen zu ver-

DER AUTOR:

Vinzenz Horcicka ist 20 Jahre alt, Landesgeschäftsführer der AKS Oberösterreich und im Bereich Klimaschutz sehr aktiv.



mindern und dies drastisch. So soll es zum Ziel werden, die nächsten sieben Jahre mindestens jeweils sieben Prozent der Emissionen zu senken.

Anzumerken bei all diesen Punkten ist, dass nie auf das Thema Biodiversität vergessen werden darf. Ohne eine ausreichende Pflanzen- und Tiervielfalt ist die Frage nicht, wie wir mit den Folgen der Klimakrise leben werden, sondern ob wir die Folgen noch überleben. In solch kleinem Rahmen ist es schwer all die wichtigen Aspekte zur Klimawende aufzuschlüsseln und zu erläutern, jedoch sind trotzdem schon die kleinsten Anstöße die Dinge anzupacken von Nöten, um politische und gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen.



Bereit für die Wende! - Mit Zuversicht, nachhaltig und fair

Wir sprechen im Interview mit Landesparteivorsitzendem Michael Lindner darüber, wie die SPÖ Oberösterreich die Klimawende organisiert.

Der Klimawandel ist aktuell eines der drängendsten Themen, dem wir uns durch schnelles und vor allem vorausschauendes Handeln widmen müssen. Die Politik ist dabei gefordert nachhaltige Lösungen zu finden, die schnell greifen, ohne dabei das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben zu stark zu beeinträchtigen. Die SPÖ Oberösterreich hat aus diesem Grund bei ihrer diesjährigen Jahresauftaktklausur im Jänner das Thema „Klimaschutz und Wirtschaft“ zu ihrem Schwerpunkt gemacht. Wir haben SPÖ Landesparteivorsitzenden Landesrat Michael Lindner befragt, wie die SPÖ die Klimawende schaffen möchte.

Bildungskurier: Klimapolitik ist aktuell ein Thema, das in aller Munde ist. Jedoch wird es nicht unbedingt der SPÖ als Kernkompetenz zugeschrieben. Warum engagiert sich die SPÖ Oberösterreich für diese Thematik?

Lindner: Wir sind davon überzeugt, dass die Klima- und Energiewende eine der wichtigsten Aufgaben ist, die es in unserem Bundesland zu meistern gilt. Das

„Wir sind davon überzeugt, dass die Klima- und Energiewende eine der wichtigsten Aufgaben ist, die es in unserem Bundesland zu meistern gilt.“

zeigt auch das Ergebnis des Mitgliederentscheids im vergangenen Herbst, bei dem alle SPÖ Mitglieder in Oberösterreich abstimmen konnten und dabei die Klimapolitik weit vorne bei der Themensetzung der SPÖ Oberösterreich gesehen haben. Das Ergebnis nehmen wir ernst und setzen

dahingehend die Schwerpunkte für unser Zukunftsbild für Oberösterreich.

Bildungskurier: Was fordert die SPÖ Oberösterreich, um unser Bundesland klimafit zu machen?

Lindner: Die De-Industrialisierung ist – ebenso wie das Verfehlen der Klimaziele – eine Nulloption für uns Sozialdemokrat:innen. Wir sind der Meinung, dass Veränderungen in der Klima- und Energiewende nicht zu Lasten des Arbeitsplatz- und Industriestandortes Oberösterreich gehen dürfen, weil jede Form der De-Industrialisierung unseres Landes mit einem massiven Verlust an Arbeitsplätzen, Wohlstand und Stabilität verbunden wäre. Aus diesem Grund treten wir für eine nachhaltige und faire Entwicklung ein, die sowohl den Schutz unserer Umwelt als auch die Stärkung unserer Wirtschaft zum Ziel hat.

Bildungskurier: Oberösterreich ist allerdings Österreichs Industriebundesland Nr. 1. Ist eine nachhaltige Klimapolitik hier ohneweiters vorstellbar?

Lindner: Es ist nicht nur vorstellbar, die Klima- und Energiewende ist sogar notwendig, um den Wirtschaftsstandort Oberösterreich zukunftsfähig zu halten. Denn wenn unser Bundesland diese Entwicklung verschläft, verlieren unsere heimischen Leitbetriebe den Anschluss an die Welt von morgen. Klimaschutz und Industriepolitik ist kein Widerspruch und muss auf jede erdenkliche Weise bei der Umsetzung einer oberösterreichischen Klimastrategie gemeinsam gedacht werden.

Bildungskurier: Wie unterscheidet sich der Plan der SPÖ Oberösterreich von jenen der anderen Parteien?

Lindner: Die FPÖ ist sich noch gar nicht sicher, ob es den Klimawandel überhaupt gibt. Die ÖVP will in ihrer Machtverliebt-



IM INTERVIEW

Michael Lindner

ist Landesparteivorsitzender der SPÖ Oberösterreich und Landesrat für Kinder- und Jugendschutz, Tierschutz und Gemeinden.

heit alles außer Veränderung und die Grünen sehen das Problem zwar auf dem einen Auge scharf, sind aber auf dem anderen blind. Aber Partikularinteressen – ob nun der Unternehmens- oder Umweltlobby – greifen zu kurz und sind oft Teil des Problems statt der Lösung. Wir stellen dem eine ausgewogene und vernünftige Politik für die breite Mehrheit der Bevölkerung gegenüber. Eine Politik der Zuversicht für die Mitte unserer Gesellschaft.

Bildungskurier: Oberösterreich hat sich in der Klima- und Energiestrategie zum Ziel gesetzt, spätestens 2040 klimaneutral zu sein. Ist das ein realistisches Szenario?

Lindner: Die Landesregierung geht mit der Herausforderung des Klimaschutzes leider sehr nachlässig um. Das lässt sich an einem ganz einfachen Beispiel zeigen: Die Aufgabengruppe „Klimaschutz“ sucht man auf der Webseite des Landes OÖ vergeblich. Man stellt lediglich fest, dass „in Angele-

genheiten des Klimaschutzes“ der Landeshauptmann die Tätigkeit der öö. Landesregierung „leitet, plant und koordiniert“.

„Die für unsere Industrie und das gesamte Land notwendige Klimastrategie des Landes Oberösterreich ist zu wichtig, um ein weiteres Projekt im „Stelzer-Hinterzimmer“ zu werden.“

Zudem hat der Klimarat bisher erst einmal getagt und dabei war noch nicht einmal der Umweltbeirat des Landes Oberösterreich eingebunden. Das ist eindeutig zu wenig. Die für unsere Industrie und das gesamte Land notwendige Klimastrategie des Landes Oberösterreich ist zu wichtig, um ein weiteres Projekt im „Stelzer-Hinterzimmer“ zu werden. Das Einrichten eines Klimarats ist noch keine Strategie und kein tauglicher Ersatz für ein zukunftsfähiges Programm.

Bildungskurier: Welche Maßnahmen braucht es für Oberösterreich, um die Klimakrise zu bewältigen?

Lindner: Es gibt fünf zentrale Handlungsfelder, damit Oberösterreich erfolgreich bei der Klimawende ist und dabei gleichzeitig den Arbeitsplatz- und Industriestandort nachhaltig und fair stärkt:

- Wasserstoff muss als der relevante Zukunftswerkstoff der Industrie in den Mittelpunkt der Klimastrategie des Landes gerückt werden. Dazu braucht es einen raschen Ausbau der Netzinfrastruktur und Schaffung von Kooperationsübereinkommen mit zukünftigen Produktionsländern.

- Der Ausbau erneuerbarer Energien ist eine wichtige Maßnahme, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und die Energieversorgung zu sichern.

- Energieeffizienzmaßnahmen, wie die Dämmung von Gebäuden oder der Einsatz von energieeffizienten Maschinen, Haushaltsgeräten und LED-Beleuchtung, helfen den Energieverbrauch und damit auch den CO₂-Ausstoß zu reduzieren.

- Das Land OÖ muss innovative Projekte und Technologieansätze aus Industrie und Wirtschaft aktiv koordinieren und vorantreiben, um international an der Spitze zu bleiben.

• Oberösterreich wird diese Wende nur dann unfallfrei hinbekommen, wenn wir die Menschen auf diesem Weg in die Zukunft mitnehmen.

„Oberösterreich wird diese Wende nur dann unfallfrei hinbekommen, wenn wir die Menschen auf diesem Weg in die Zukunft mitnehmen.“

Für uns als SPÖ gilt das insbesondere für die arbeitenden Menschen im Land. Die müssen angesichts dieser weitreichenden Transformation darauf vertrauen können, dass sie mit den Herausforderungen, die das mit sich bringt, nicht allein gelassen werden.

Die Gemeinde Sandl nimmt in Sachen Energiewende eine Vorreiterrolle ein und setzt sich für den Ausbau von Windenergie ein. SPÖ-Landesparteivorsitzender Michael Lindner hat sich vor Ort ein Bild gemacht.



Klimawende in der Kommunalpolitik

Die Gemeinden stellt der Klimaschutz vor große Herausforderungen. Das Land OÖ muss hierbei tatkräftig unterstützen, denn die kommunale Ebene ist ein Schlüssel für starke Klimapolitik.

LUKAS RUSS

Der Klimawandel ist eine der drängendsten Herausforderungen unserer Zeit. Der Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen und die damit einhergehende globale Erwärmung ist schon längst auch bei uns in Oberösterreich spürbar und wird wohl in naher Zukunft noch gravierendere Auswirkungen auf Mensch und Natur in unserem Bundesland haben. Die Klimawende muss daher ein breites Spektrum an Maßnahmen umfassen, die darauf abzielen, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren, um damit den menschengemachten Klimawandel zu verlangsamen. Dazu gehören beispielsweise der Ausbau erneuerbarer Energien wie Wind- und Photovoltaikenergie (PV), die Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden und Geräten, die Förderung nachhaltiger Mobilität sowie die Umstellung auf klimafreundlichere Produktionsverfahren und Lieferketten.

Wo kann bei dieser Entwicklung jetzt die Kommunalpolitik ansetzen, fragt man sich. Bei genauerer Betrachtung sind die Gemeinden beim Klimaschutz jedoch von Grund auf gefragt. Grundsätzliche Fragen der Raumordnung werden immerhin auf kommunaler Ebene entschieden und hier braucht

es einerseits ein klares Bekenntnis zum schonenden Umgang mit der wertvollen Ressource Boden und andererseits eine Offenheit gegenüber Projekten, die der erneuerbaren Energiewende dienen.

Um die Energiewende in unserem Bundesland erfolgreich umzusetzen, muss sie für die Landesregierung auch wirklich Priorität haben. Sie muss nicht nur Ziele formulieren, sondern auch einen Fahrplan vorlegen, wie diese Ziele erreicht werden können und auch selbst mit konkreten Projekten zur Tat schreiten. Schließlich sind viele Gemeinden auch heute schon bereit Maßnahmen umzusetzen, werden jedoch von Seiten des Landes gebremst. Die 15 Gemeinden der Klima- und Energiemodellregion Attersee-Attergau kämpfen beispielsweise schon seit Jahren um eine Genehmigung für einen Windpark, der von Seiten der Landesregierung jedoch nach wie vor blockiert wird.

Die Klimawende ist nicht nur eine Herausforderung, sondern gerade auch für den ländlichen Raum eine Chance. Daher haben es sich viele Gemeinden schon zur Aufgabe gemacht Vorreiterinnen in Sachen Energiewende zu werden und setzen bereits eigenhändig zahlreiche Projekte um. Dieses Bekenntnis ist eine Grundvoraussetzung für einen

DER AUTOR:

Lukas Russ

ist Geschäftsführer des GVV OÖ und in seiner Heimatgemeinde Wallern an der Trattnach stellvertretender Obmann im Umweltausschuss.



Zugang zur Kommunalpolitik, der die Klimawende vorantreibt. Denn die Umstellung auf erneuerbare Energien und

„Die Klimawende ist nicht nur eine Herausforderung, sondern gerade auch für den ländlichen Raum eine Chance.“

klimafreundlichere Produktionsverfahren kann, gerade auch in strukturschwächeren Regionen, zu neuen Arbeitsplätzen führen und somit Wertschöpfung in diese Gebiete zurückholen. Letztendlich ist die Klimawende eine Investition in die Zukunft und die Gesetzgeber:innen sind jetzt gefragt, um dieses Momentum, das sich durch die massive Teuerung von fossilen Energieträgern ergeben hat, auch im Sinne der Gemeinden und des ländlichen Raumes zu nutzen.

Ein bayerisches Modell der finanziellen Beteiligung von Kommunen am Ausbau erneuerbarer Energien sieht bei-

Wo kann bei dieser Entwicklung die Kommunalpolitik ansetzen, fragt man sich. Bei genauerer Betrachtung sind die Gemeinden beim Klimaschutz jedoch von Grund auf gefragt.



spielsweise vor, dass pro Kilowattstunde Strom, der auf dem Gemeindegebiet produziert wird, ein verpflichtender Anteil in Form von Strom oder Abgaben direkt an die Gemeinde fließt. Dies wäre nur ein positives Beispiel, wie man die kommunale Ebene noch stärker für den Transformationsprozess gewinnen könnte und einen finanziellen Anreiz zum Umstieg schafft. Der finanzielle Aspekt wäre auch im Sinne einer nachhaltigen Gemeindefinanzierung umso wichtiger. Denn durch PV- oder Windkraftanlagen werden zwar Flächen in Gemeinden gewidmet, aber oftmals keine Arbeitsplätze vor Ort geschaffen. Somit fällt eine Gemeinde um wichtige Kommunalabgaben, wenn sie Flächen für erneuerbare Energieproduktion den Vorrang gibt.

Die Flächenwidmung im Zuge von Projekten der erneuerbaren Energie muss jedenfalls im Einverständnis mit Gemeinden und Bürger:innen erfolgen und vor allem sollten bereits versiegelte Flächen Priorität haben, um die Ressource Boden so schonend wie möglich zu nutzen. Die Gemeinden müssen hier

bei als gleichberechtigte Partnerinnen in der Klimawende angesehen werden. Die Umstellung geht nur zügig voran, wenn dabei die Bevölkerung und die Gemeinde mit ins Boot geholt werden. Parallel dazu braucht es selbstverständlich die Förderung nachhaltiger Mobilität und den Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes, um so auch echte Alternativen zu dem in Oberösterreich vorherrschenden Individualverkehr zu bieten.

Der Klimawandel macht weder vor Gemeinde- noch vor Bezirks-, geschweige denn vor Landesgrenzen halt und muss daher aus dem kommunalen Blickwinkel global gedacht werden. Der Zusammenschluss von Gemeinden und die überregionale Kooperation ist daher sehr förderlich, ebenso wie die Unterstützung durch die Landespolitik. Überregionale Projekte wie es zum Beispiel schon der Energiebezirk Freistadt vorzeigt, sollten in Oberösterreich in jedem Bezirk fix verankert werden. In Kombination mit einer mutigeren landesweiten Strategie, in Partnerschaft mit den Gemeinden, kann dies nur von Vorteil sein, da sich mehrere Gemeinden

GVV OBERÖSTERREICH

Der Gemeindevertreter:innenverband Oberösterreich steht allen Gemeinderatsfraktionen mit Ideen für klimafreundliche Projekte auf kommunaler Ebene zur Seite (www.gvv.spooe.at).

auch an einem Projekt beteiligen können und durch „Erneuerbare Energiegemeinschaften“ bereits jetzt schon ortsübergreifend zusammengearbeitet werden kann.

Um den negativen Auswirkungen des Klimawandels mit geeinter Kraft entgegenzutreten und eine lebenswerte Zukunft für kommende Generationen sicherzustellen, müssen wir unverzüglich handeln. Nehmen wir die Klimawende selbst in die Hand und lassen klimafreundliche erneuerbare Energieprojekte in unseren Gemeinden zu, senken wir den Energieverbrauch dort wo es möglich ist, leben wir den sparsamen Umgang mit der Ressource Boden und fordern wir weiterhin mehr öffentlichen Verkehr ein!

SPARKASSE 
Oberösterreich

#glaubandich

www.sparkasse-ooe.at



Mit uns, nicht auf unsere Kosten!

Für einen sozial-ökologischen Umbau im Sinne der Beschäftigten.

JULIA EDER

Österreich hat sich bereit erklärt bis 2040 klimaneutral zu werden. Mehr als 43 Prozent der österreichischen CO₂-Emissionen gingen 2020 auf Industrie und Energiewirtschaft zurück. Ein weiteres Drittel stammt vom Personen- und Güterverkehr. Deshalb müssen wir in diesen Bereichen relevante Einsparungen erreichen. Zugleich hängen viele Arbeitsplätze an der Industrie. Das ist insbesondere im Industriebundesland Oberösterreich der Fall, das für mehr als 20 Prozent der österreichischen CO₂-Emissionen verantwortlich ist, und wo 40 Prozent der Wertschöpfung auf den sekundären Sektor zurückgehen. Laut Statistik Austria arbeiteten in demselben Bundesland im Jahr 2021 außerdem knapp 178.000 Beschäftigte in der Herstellung von Waren.

„Es braucht deshalb einen sozial-ökologischen Umbau, in den auch die Beschäftigten einbezogen werden.“

Es braucht deshalb einen sozial-ökologischen Umbau, in den auch die Beschäftigten einbezogen werden. Eine Möglichkeit wäre, nach deutschem Vorbild „Transformationsräte“ zu gründen, in denen neben anderen Stakeholdern auch Belegschaftsvertretungen mitwirken. Nur so kann es einen sozial gerechten Übergang geben, bei dem möglichst viele relativ hoch bezahlte und gewerkschaftlich gut organisierte Industriearbeitsplätze erhalten bleiben. Zu diesem Zweck braucht es eine möglichst enge

Der sozial-ökologische Umbau muss an mehreren Stellen ansetzen und mit den Beschäftigten, nicht auf ihre Kosten umgesetzt werden.

Verschränkung von Industrie-, Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik.

Der sozial-ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft sollte nicht das Umweltproblem individualisieren, sondern auf die tieferliegenden Strukturen in den Bereichen Produktion, Infrastruktur und Energieversorgung abzielen. Dafür benötigt es strategische staatliche Investitionen im Rahmen einer nachhaltigen Industriestrategie sowie staatliche Förderungen für private Unternehmen, um den Umbau anzuregen und zu lenken. Letztere müssen aber mit klaren Auflagen vergeben werden. Die Ökonomin Mariana Mazzucato schlägt vor, für Subventionen direkte oder indirekte Gewinnbeteiligung von den Unternehmen einzufordern. So würden die Kosten für den Umbau fair verteilt und nicht von profitablen Unternehmen der Allgemeinheit aufgebürdet, während die (zukünftigen) Gewinne in wenigen Händen bleiben.

In den Bereichen Energieversorgung und Verkehr müssen auch dringende Schritte gesetzt werden. Öffentliche Versorger mit Gemeinwohlorientierung sollten rasch die Netze sowie die erneuerbaren Energien ausbauen. Der Energiebereich ist schließlich ein wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge und zentral für den Industriestandort. Beim öffentlichen

DIE AUTORIN:

Julia Eder

ist Referentin für Wirtschafts- und Verteilungspolitik in der Abteilung für Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik der Arbeiterkammer Oberösterreich.



„Der Energiebereich ist schließlich ein wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge und zentral für den Industriestandort.“

Verkehr müssen die Intervalle verdichtet und neue Strecken erschlossen werden, um den Umstieg vom Privat-PKW auf umweltfreundlichere Alternativen attraktiv zu machen. Auch die Stärkung von regionalen Lieferketten und regionaler Infrastruktur könnte einen Beitrag zur Senkung von CO₂-Emissionen leisten. Der sozial-ökologische Umbau muss also an mehreren Stellen ansetzen und mit den Beschäftigten, nicht auf ihre Kosten umgesetzt werden.



Verkehrspolitik in Oberösterreich gefährdet Erreichen der Klimaziele

Schwarz-Blau versagt beim Klimaschutz. Nur eine mutige Verkehrswende mit einem massiven Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs bringt uns in eine sozial gerechte Zukunft.

TOBIAS HÖGLINGER

Die Klimaziele werden wir nur erreichen können, wenn wir auch die Verkehrswende ernst nehmen. Ein Zulassungsstopp oder gar ein Verbot von Verbrennungsmotoren wird nicht reichen und ist zudem sozial nicht treffsicher, weil E-Mobilität nach wie vor ein Elitenthema ist.

Eine sozial gerechte Verkehrswende kann es somit nur geben, wenn massiv in den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) investiert wird. Das Klimaticket war ein wichtiger Meilenstein und auch von der SPÖ lange gefordert. Jetzt braucht es einen Ausbau der Verbindungen, damit überhaupt mehr Menschen die Öffis für ihren Alltagsverkehr nutzen können. In Oberösterreich liegt der Schwerpunkt allerdings noch immer beim Straßen(neu)bau. Im Hinblick auf den ÖPNV oder auch den Radwegeausbau mangelt es offenbar am Willen und jedenfalls am Geld.

Die größten Investitionen erfolgen immer dann, wenn der Bund Geld in die Hand nimmt, wie zum Beispiel zuletzt bei der Preisreduktion für das regionale Klimaticket. Im Verkehrsverbund wird hauptsächlich verwaltet und ein möglichst günstiger laufender Betrieb des ÖPNV als oberstes Ziel betrachtet. Die kleinen „Ersparnisse“, die es dadurch gibt, werden aber nicht in den Ausbau der Infrastruktur gesteckt, sondern verschwinden im Landesbudget.

Beim aktuell wichtigsten Projekt, der Linzer Stadtbahn (S6 Mühlkreisbahn vom Hauptbahnhof und S7 Hauptbahnhof zur Universität und weiter nach Pregarten), wird vor allem viel geplant. Ein öffentlich gewordenes Schreiben des Verkehrsministeriums legt nahe, dass nicht einmal das ernsthaft und zielführend geschieht. Es wird darin auf bereits lange bekannte Probleme in der geplan-

ten Linienführung hingewiesen und kritisch festgestellt, dass es für diese Herausforderungen vom Land noch keine Lösungsansätze gäbe. Der zuständige Landesrat sucht lieber Schuldige dafür, zum Beispiel bei der Stadt Linz, nur weil man dort die neuen O-Buslinien vom langwierigen Projekt Stadtbahn entkoppeln und früher umsetzen will.

Die ÖBB ihrerseits hat den vierspürigen Westbahn-Ausbau zwischen Kleinmünchen und dem Linzer Hauptbahnhof auf frühestens 2032 verschoben. Das bedeutet, dass der Takt und damit die Kapazität auf dieser wichtigen Pendlerstrecke bis St. Valentin vorerst nicht erhöht werden kann.

„Es gibt in Oberösterreich zu wenig Visionen in der Verkehrspolitik.“

Es gibt in Oberösterreich zu wenig Visionen in der Verkehrspolitik. Statt die großen, drängenden Fragen anzugehen, ergeht man sich im politisch motivierten Hick-Hack Land gegen Bund, sowie Land gegen Städte und Gemeinden, vor allem wenn sie SPÖ-regiert sind.

DER AUTOR:

Tobias Höglinger

ist Bezirksvorsitzender der SPÖ Linz-Land, Klubobfrau-Stellvertreter der SPÖ Oberösterreich im Landtag und Bereichssprecher für Verkehr, Gemeinden und Sport.



Von Schwarz-Blau ist in der Verkehrspolitik nicht viel zu erwarten. Den Güterverkehr auf der Schiene sowie den Alltagsradverkehr lassen sie auch einfach links liegen. In der SPÖ müssen wir dringend die Diskussion führen, welche Ansprüche und Forderungen wir an eine sozial gerechte Verkehrswende haben. Das wird nicht ohne das Hinterfragen und Aufbrechen festgefahrener Standpunkte aus der Vergangenheit gehen.

Eine sozial gerechte Verkehrswende kann es nur geben, wenn massiv in den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) investiert wird.



Foto © LINZ AG

Sozialistische Jugend OÖ

Antifa-Seminar & Befreiungsfeier

FPÖ-Politiker die Schüler:innen im Fernsehen rassistisch beleidigen und gegen Hilfe für tausende Erdbebenopfer sind. Ein ÖVP-Landeshauptmann der den Ehrenschatz für ein rechtes Vernetzungstreffen übernimmt. Identitäre die vor Schulen Jugendliche terrorisieren. Die rechte Szene in Österreich und Europa ist am Wachsen und findet Zuspruch in der Bevölkerung. Das ist Grund genug sich mit antifaschistischen Themen und Strategien gegen Rechtsextremismus zu beschäftigen und sich daran zu erinnern, wohin Faschismus führt.

Auf dem Antifa-Seminar setzen wir uns in vielen Workshops mit genau diesen Themen auseinander, um einen klaren Gegenpol gegen Rechts zu bilden. Mit über 200 jungen

ANTIFA-SEMINAR & BEFREIUNGSFEIER

Wann? 05. bis 07. Mai 2023

Wo? Europacamp

Anmeldung & Fragen?

www.sjoe.at/antifa oder 0664/1438409

Menschen kannst du Spaß haben, dich weiterbilden und politisch diskutieren. Den letzten Seminartag bildet die Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Mauthausen, wo wir als SJ gemeinsam den Opfern der NS-Zeit gedenken.

Gemeinsam mit hunderten jungen Menschen nimmt die Sozialistische Jugend jedes Jahr an der internationalen Befreiungsfeier teil.



SPÖ OÖ / SPÖ Bildung / Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer OÖ / Sozialistische Jugend OÖ / Junge Generation OÖ / Renner Institut OÖ

Matinee zum 89. Jahrestag der Februarkämpfe 1934

Am 12. Februar 2023 wurden in ganz Oberösterreich Veranstaltungen abgehalten, um das Andenken an die Kämpfer des republikanischen Schutzbunds hochzuhalten. Der Mut und die Entschlossenheit von Menschen, die bereit waren für die Wahrung der demokratischen Ordnung ihr Leben zu geben, beeindruckt Landesparteivorsitzenden Michael Lindner besonders: "Es ist wichtig einen funktionierenden Sozialstaat zu haben, der die faire Teilhabe der Menschen ermöglicht und so den demokratiefeindlichen Verführer:innen den Nährboden entzieht."

Ein Herzstück des Gedenkens ist die – wieder sehr gut besuchte – Matinee, die sich dieses Mal mit dem Schwerpunkt **Demokratie unter Druck!** auseinandersetzt.

**“Nichts kommt von selbst.
Und nur wenig ist von Dauer.”**

Eine Aussage von Willy Brandt, die der Diskussion von Natascha Strobl (Politikwissenschaftlerin und Expertin für



SPÖ Landesgeschäftsführer Florian Koppler, Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl, Demokratieforscher Fabio Wolkenstein, SPÖ Landesparteivorsitzender Michael Lindner und Landesbildungsvorsitzender Bernd Dobesberger gedenken der Ereignisse rund um den 12. Februar 1934.

Rechtsextremismus) und Fabio Wolkenstein (Experte für Demokratieforschung an der Universität Wien) als Überschrift diente. Durch das Programm führte Landesbildungsvorsitzender Bernd Dobesberger, der im Anschluss einen historischen Stadtpaziergang durch Linz anbot.

SPÖ Frauen OÖ / Bündnis 8. März

Female Solidarity – Weltfrauentag 2023

Am Int. Frauentag, dem 8. März, gingen 1000 Menschen gemeinsam auf die Straße in Linz, um für Gleichberechtigung und für ein selbstbestimmtes Leben zu kämpfen. Die Demo des überparteilichen Bündnisses 8. März unter dem Motto „Female Solidarity“ machte auf den internationalen frauenpolitischen Rückschritt aufmerksam und setzte sich mit Redebeiträgen von Frauen in/aus Afghanistan, Iran, Ukraine, Polen und Österreich mit aktuellen Geschehnissen, Bewegungen und Ungleichbehandlungen auseinander und warum es Bündnisse und einen Frauenkampf wie diesen braucht.



Foto © Violetta Wakolbinger

Am 8. März trafen sich in Linz über 1000 Menschen, um für Frauenrechte einzustehen..

SPÖ Frauen OÖ / Renner Institut OÖ

Frauenwerkstatt 2022/23

Die Frauenwerkstatt 2022/23 war ein voller Erfolg! Mit diesem Lehrgang des Renner Instituts Oberösterreich und der SPÖ Frauen Oberösterreich möchten wir aktive, neue Gemeinderätinnen bestmöglich unterstützen und interessierte Frauen für die politische Arbeit gewinnen.

Von frauenpolitischer und sozialdemokratischer Geschichte über Zahlen, Daten und Fakten sowie feministischen Aktionsideen bis hin zum Training schlagfertiger Argumentation war alles dabei, was es für feministische Arbeit auf kommunaler Ebene und für einen Diskurs auf Augenhöhe mit Freund:innen, der Familie oder im Gemeinderat braucht. Denn NUR gemeinsam sind wir eine laute und starke Bewegung!



In mehreren Modulen haben die Teilnehmerinnen das Handwerkszeug für lautstarke, frauenpolitische Arbeit erlernt. Dabei kamen auch der Austausch und die Vernetzung nicht zu kurz.

SPÖ Bildung / Renner Institut OÖ

Neue Mitarbeiterin

Anfang Februar 2023 hat sich Alexandra Shala (vormals Kneidinger) in die Baby-Karenz verabschiedet. Ihre neun Jahre in der Abteilung Bildung/Renner Institut waren geprägt von hoher Einsatzbereitschaft, organisatorischem Know-How, konstruktivem (Mit-)Denken und Sensibilität gegenüber Arbeitskolleg:innen und Funktionär:innen.

Anstelle von Alexandra arbeitet nun Barbara Bichler im Bildungsbüro. Sie ist 39 Jahre alt und kommt aus Ternberg. Barbara ist verheiratet und hat zwei Kinder im Alter von 16 und 18 Jahren. Ursprünglich kommt sie aus dem Kinderbildungs- und -betreuungsbereich. Sie war über acht Jahre lang Leiterin von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen bei der Familienzentren GmbH der Kinderfreunde OÖ und dort auch Betriebsrätin. Danach - nach einem kurzen Ausflug in die Medienanalyse und zu BMD in den Lohnverrechnungssupport - hat sie bei den Kinderfreunden Steyr-Kirchdorf als Geschäftsführerin gearbeitet. Barbara ist als ÖGB-Frauenvorsitzende im Bezirk Steyr, als Ersatzgemeinderätin und



v.l.n.r: Neue Mitarbeiterin Barbara Bichler, Landesbildungsssekretärin Annemarie Obermüller und Alexandra Shala, die sich in die Baby-Karenz verabschiedet hat.

PR-Teammitglied der SPÖ Ternberg und in verschiedenen Funktionen in SPÖ-Bezirksgrämien tätig. Wir freuen uns Barbara als neue Mitarbeiterin bei uns zu haben und wünschen Alexandra alles Gute in der Baby-Karenz!

Renner Institut OÖ

Strategische Moderation

Im Februar 2023 startete der Lehrgang „Strategische Moderation“. Die sehr lebendige Gruppe bildet die künftige Basis für die vielfältigen Aktivitäten des Renner Instituts OÖ in Sachen Moderation von Ortsparteien. Der bewährte Pool an Moderator:innen wird damit weiter vergrößert, neue Qualitäten und Persönlichkeiten kommen dazu und runden das professionell agierende bestehende Team ab.

Das erste Modul beschäftigte sich mit den Grundlagen der Moderationstechnik, wobei Trainer Siegmair Leitl nicht vorrangig die Technik, sondern die persönlichen Herangehensweisen in den Vordergrund stellte. Betreut wird der gesamte Lehrgang von Nina Andree, die zwischen den einzelnen Modulen den organisatorischen roten Faden in Händen hält.

Die Moderationseinsätze in den Ortsorganisationen sind ein wichtiger Teil der Bildungsarbeit und der Organisations-



Die Teilnehmer:innen am Lehrgang „Strategische Moderation“ bilden die künftigen Säulen der kommunalpolitischen Organisationsentwicklung.

entwicklung der SPÖ OÖ. Strategieklausuren werden genauso moderiert wie Projektplanungen oder spezielle Sitzungen. In keinem Bundesland besteht die Möglichkeit des kostenlosen Abrufens von Moderator:innen in einem so hohen Ausmaß wie in Oberösterreich.

Renner Institut OÖ

Anfang und Ende – dichtes Lehrgangswochenende

Das erste März-Wochenende hat es in sich: Zum einen fand das sechste und damit letzte Modul der Kommunalakademie statt, zum anderen startete der fünfmodulige Lehrgang für junge Menschen in und um die SPÖ, die Nachwuchsakademie. Während die KommAk-Absolvent:innen (mit Trainer Siegmair Leitl und Lehrgangsbetreuerin Laura Wiednig) darüber Resümee zogen, was sie gelernt haben und was sie künftig auf welche Weise in ihrem politischen Umfeld

umsetzen werden, stand bei der Nachwuchsakademie (mit Trainerin Alexandra Mendez und Lehrgangsbetreuerin Lea Milicevic) der „Zauber des Anfangs“, das Kennenlernen und Sich-Einlassen auf Neues im Vordergrund. Die bunte NawAk-Gruppe vereint Mitglieder der Jugendorganisationen, junge Gemeinderät:innen und politisch Interessierten in ihrem Bemühen, ihr politisches Engagement ziel- und zukunftsorientiert weiterzuentwickeln.



Obwohl sich die Teilnehmer:innen der Nachwuchsakademie erst kurz kannten, organisierte eine Gruppe Schnell-Entschlossener ein atmosphärisch dichtes und stimmiges Kamingsgespräch mit RI Landesstellenleiterin Annemarie Obermüller.



Abschied nehmen hieß es für die Teilnehmer:innen der Kommunalakademie. Einer der Wesenskern des Lehrgangs wurde – neben manchen anderen – erreicht: Netzwerke und Freundschaften aufbauen, die tragfähig den politischen Alltag erleichtern und bereichern.